



ErwGr

Erwägungsgründe

- 1 - Datenschutz als Grundrecht
- 2 - Wahrung der Grundrechte
- 3 - Versuchte Harmonisierung der Datenschutzvorschriften durch die RL 95/46/EG
- 4 - Einklang mit anderen Rechten
- 5 - Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zum Datenaustausch
- 6 - Gewährleistung eines hohen Datenschutzniveaus trotz Zunahme des Datenaustausches
- 7 - Rechtsrahmen und Vertrauensbasis durch Sicherheit und Kontrolle
- 8 - Übernahme in nationale Rechtsvorschriften
- 9 - Unterschiedliche Schutzstandards durch die RL 95/46/EG
- 10 - Gleichwertiges Schutzniveau trotz nationaler Spielräume
- 11 - Gleiche Befugnisse und Sanktionen
- 12 - Ermächtigung des Europäischen Parlaments und des Rates
- 13 - Berücksichtigung von Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen
- 14 - Keine Anwendung auf juristische Personen
- 15 - Technologieneutralität
- 16 - Keine Anwendung auf Tätigkeiten der nationalen und gemeinsamen Sicherheit
- 17 - Anpassung der VO (EG) Nr. 45/2001
- 18 - Keine Anwendung auf den persönlichen oder familiären Bereich
- 19 - Keine Anwendung auf die Strafverfolgung
- 20 - Kein Einfluss auf die Unabhängigkeit der Justiz
- 21 - Verantwortlichkeit von Anbietern reiner Vermittlungsdienste bleibt unberührt
- 22 - Verarbeitung durch eine Niederlassung
- 23 - Anwendung auf Verarbeiter außerhalb der Union bei gezieltem Anbieten an Betroffene innerhalb der Union
- 24 - Anwendung auf Verarbeiter außerhalb der Union bei Profilerstellung von Betroffenen innerhalb der Union
- 25 - Anwendung auf Verarbeiter außerhalb der Union aufgrund völkerrechtlicher Bestimmungen
- 26 - Keine Anwendung auf anonymisierte Daten
- 27 - Keine Anwendung auf Daten Verstorbener
- 28 - Einführung der Pseudonymisierung
- 29 - Pseudonymisierung bei demselben Verantwortlichen
- 30 - Online-Kennungen zur Profilerstellung und Identifizierung
- 31 - Keine Anwendung auf Behörden in Ausübung ihres offiziellen Auftrages
- 32 - Einwilligung

- 33 - Einwilligung zur wissenschaftlichen Forschung
- 34 - Genetische Daten
- 35 - Gesundheitsdaten
- 36 - Festlegung der Hauptniederlassung
- 37 - Unternehmensgruppe
- 38 - Besonderer Schutz der Daten von Kindern
- 39 - Grundsätze der Datenverarbeitung
- 40 - Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung
- 41 - Rechtsgrundlagen und Gesetzgebungsmaßnahmen
- 42 - Beweislast und Erfordernisse einer Einwilligung
- 43 - Zwanglose Einwilligung
- 44 - Vertragserfüllung oder -abschluss
- 45 - Erfüllung rechtlicher Pflichten
- 46 - Lebenswichtige Interessen
- 47 - Überwiegende berechnigte Interessen
- 48 - Überwiegende berechnigte Interessen in der Unternehmensgruppe
- 49 - Netz- und Informationssicherheit als überwiegendes berechnigtes Interesse
- 50 - Weiterverarbeitung
- 51 - Besonderer Schutz sensibler Daten
- 52 - Ausnahmen vom Verbot der Verarbeitung sensibler Daten
- 53 - Verarbeitung sensibler Daten im Gesundheits- und Sozialbereich
- 54 - Verarbeitung sensibler Daten zu Zwecken der öffentlichen Gesundheit
- 55 - Öffentliches Interesse bei Verarbeitung durch staatliche Stellen für Ziele anerkannter Religionsgemeinschaften
- 56 - Verarbeitung von Daten zur politischen Einstellung durch Parteien
- 57 - Zusätzliche Daten zur Identifizierung
- 58 - Grundsatz der Transparenz
- 59 - Modalitäten für die Ausübung der Rechte der Betroffenen
- 60 - Informationspflicht
- 61 - Zeitpunkt der Information
- 62 - Ausnahmen von der Informationspflicht
- 63 - Auskunftsrecht
- 64 - Identitätsprüfung
- 65 - Recht auf Berichtigung und Löschung
- 66 - Recht auf Vergessenwerden
- 67 - Beschränkung der Verarbeitung
- 68 - Recht auf Datenübertragbarkeit
- 69 - Widerspruchsrecht
- 70 - Widerspruchsrecht gegen Direktwerbung
- 71 - Profiling
- 72 - Leitlinienkompetenz des Europäischen Datenschutzausschusses bezüglich Profiling
- 73 - Beschränkungen von Rechten und Grundsätzen
- 74 - Verantwortung und Haftung des Verantwortlichen
- 75 - Risiken für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen
- 76 - Risikobewertung
- 77 - Leitlinien zur Risikobewertung
- 78 - Geeignete technische und organisatorische Maßnahmen
- 79 - Zuteilung der Verantwortlichkeit
- 80 - Benennung eines Vertreters
- 81 - Heranziehung eines Auftragsverarbeiters
- 82 - Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten

- 83 - Sicherheit der Verarbeitung
- 84 - Risikoevaluierung und Folgenabschätzung
- 85 - Meldepflicht von Verletzungen an die Aufsichtsbehörde
- 86 - Benachrichtigung von Verletzungen an die Betroffenen
- 87 - Unverzögerlichkeit der Meldung/Benachrichtigung
- 88 - Format und Verfahren der Meldung
- 89 - Entfall der generellen Meldepflicht
- 90 - Datenschutz-Folgenabschätzung
- 91 - Erforderlichkeit einer Datenschutz-Folgenabschätzung
- 92 - Thematische Datenschutz-Folgenabschätzung
- 93 - Datenschutz-Folgenabschätzung bei Behörden
- 94 - Konsultierung der Aufsichtsbehörde
- 95 - Unterstützung durch den Auftragsverarbeiter
- 96 - Konsultierung der Aufsichtsbehörde im Zuge eines Gesetzgebungsprozesses
- 97 - Datenschutzbeauftragter
- 98 - Erstellung von Verhaltensregeln durch Verbände und Vereinigungen
- 99 - Konsultation von Interessenträgern und Betroffenen bei der Ausarbeitung von Verhaltensregeln
- 100 - Zertifizierung
- 101 - Grundsätze des internationalen Datenverkehrs
- 102 - Internationale Abkommen für angemessenes Schutzniveau
- 103 - Adäquates Schutzniveau von Drittländern aufgrund eines Angemessenheitsbeschlusses
- 104 - Kriterien für Angemessenheitsbeschluss
- 105 - Berücksichtigung internationaler Abkommen für Angemessenheitsbeschluss
- 106 - Überwachung und regelmäßige Überprüfung des Schutzniveaus
- 107 - Abänderung, Widerruf und Außerkraftsetzung von Angemessenheitsbeschlüssen
- 108 - Geeignete Garantien
- 109 - Standard-Datenschutzklauseln
- 110 - Verbindliche interne Datenschutzvorschriften
- 111 - Ausnahmen für bestimmte Fälle internationaler Übermittlungen
- 112 - Datenübermittlungen aufgrund wichtiger Gründe des öffentlichen Interesses
- 113 - Nicht wiederholend erfolgende und nur eine begrenzte Zahl von Betroffenen betreffende Übermittlungen
- 114 - Sicherstellung der Durchsetzbarkeit von Rechten und Pflichten bei Fehlen eines Angemessenheitsbeschlusses
- 115 - Vorschriften in Drittländern die der Verordnung zuwiderlaufen
- 116 - Kooperation zwischen den Aufsichtsbehörden
- 117 - Errichtung von Aufsichtsbehörden
- 118 - Kontrolle der Aufsichtsbehörden
- 119 - Organisation mehrerer Aufsichtsbehörden eines Mitgliedsstaates
- 120 - Ausstattung der Aufsichtsbehörden
- 121 - Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörde
- 122 - Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde
- 123 - Kooperation der Aufsichtsbehörden untereinander und mit der Kommission
- 124 - Federführende Behörde bei Verarbeitung in mehreren Mitgliedsstaaten
- 125 - Kompetenzen der federführenden Behörde
- 126 - Gemeinsame Beschlüsse
- 127 - Unterrichtung der federführenden Behörde bei nationalen Verarbeitungen
- 128 - Zuständigkeit bei Verarbeitung im öffentlichen Interesse
- 129 - Aufgaben und Befugnisse der Aufsichtsbehörden
- 130 - Berücksichtigung der Behörde bei der eine Beschwerde eingebracht wurde
- 131 - Versuch einer gütlichen Einigung

- 132 - Sensibilisierungsmaßnahmen und spezifische Maßnahmen
- 133 - Gegenseitige Unterstützung und einstweilige Maßnahmen
- 134 - Teilnahme an gemeinsamen Maßnahmen
- 135 - Kohärenzverfahren
- 136 - Beschlüsse und Stellungnahmen des Datenschutzausschusses
- 137 - Einstweilige Maßnahmen
- 138 - Dringlichkeitsverfahren
- 139 - Europäischer Datenschutzausschuss
- 140 - Sekretariat und Personal des Datenschutzausschusses
- 141 - Recht auf Beschwerde
- 142 - Vertretung von Betroffenen durch Einrichtungen, Organisationen und Verbände
- 143 - Gerichtliche Rechtsbehelfe
- 144 - Verwandte Verfahren
- 145 - Wahlrecht des Betroffenen
- 146 - Schadenersatz
- 147 - Gerichtsbarkeit
- 148 - Sanktionen
- 149 - Sanktionen für Verstöße gegen nationale Vorschriften
- 150 - Geldbußen
- 151 - Geldbußenregelung in Dänemark und Estland
- 152 - Sanktionsbefugnis der Mitgliedsstaaten
- 153 - Verarbeitung zu journalistischen oder wissenschaftlichen, künstlerischen oder literarischen Zwecken
- 154 - Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten
- 155 - Verarbeitung im Beschäftigungskontext
- 156 - Verarbeitung für Archivzwecke und zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken
- 157 - Informationen aus Registern und wissenschaftliche Forschung
- 158 - Verarbeitung zu Archivzwecken
- 159 - Verarbeitung zu wissenschaftlichen Forschungszwecken
- 160 - Verarbeitung zu historischen Forschungszwecken
- 161 - Einwilligung zur Teilnahme an klinischen Prüfungen
- 162 - Verarbeitung zu statistischen Zwecken
- 163 - Europäische Statistiken
- 164 - Berufsgeheimnisse und andere Geheimhaltungsvorschriften
- 165 - Keine Beeinträchtigung des Status der Kirchen und religiösen Vereinigungen
- 166 - Delegierte Rechtsakte der Kommission
- 167 - Durchführungsbefugnisse der Kommission
- 168 - Anwendung des Prüfverfahrens für den Erlass von Durchführungsrechtsakten
- 169 - Sofort geltende Durchführungsrechtsakte
- 170 - Subsidiaritätsprinzip und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit
- 171 - Aufhebung der RL 95/46/EG und Übergangsbestimmungen
- 172 - Konsultation des Europäischen Datenschutzbeauftragten
- 173 - Verhältnis zur RL 2002/58/EG

Nutzungshinweis: Auf dieses vorliegende Schulungs- oder Beratungsdokument (ggf.) erlangt der Mandant vertragsgemäß ein nicht ausschließliches, dauerhaftes, unbeschränktes, unwiderrufliches und nicht übertragbares Nutzungsrecht. Eine hierüber hinausgehende, nicht zuvor durch *datenschutz-maximum* bewilligte Nutzung ist verboten und wird urheberrechtlich verfolgt.